

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS KREISTAGSFRAKTION Landkreis Vechta

SPD-Kreistagsfraktion, Kettelerstraße 40, 49393 Lohne

Herrn Landrat
Tobias Gerdesmeyer
Landkreis Vechta
Ravensberger Straße 20
49377 Vechta

Fraktionsvorsitzender Eckhard Knospe

Kettelerstraße 40 49393 Lohne

Telefon: 04442/2942

E-Mail: eckhard@knospe-lohne.de

Lohne, 07.01.2023

Antrag gem. § 56 NKomVG

Die SPD-Fraktion beantragt:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt mit der Analyse einer auch im Landkreis Vechta generell zunehmenden Respektlosigkeit gegenüber Rettungskräften, Sanitätern. Ärzten, Feuerwehr und Polizei. Das Ziel der Analyse soll sein, Schlussfolgerungen zu ziehen und daraus für den Landkreis Vechta notwendige Maßnahmen abzuleiten, um diesem wachsenden, gesellschaftlichen Phänomen nachhaltig zu begegnen.
- 2. Ergänzend wird beantragt, dass die Vertreter der beteiligten Einsatz- und Rettungskräfte den Ausschuss über die Ereignisse in der Silvesternacht 2022/2023 berichten.

Die Beratung und Beschlussfassung sollen in der Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz und Rettungswesen am 23.02.2022 erfolgen.

Begründung:

In den zurückliegenden Monaten ist in den Medien bereits mehrfach über die Zunahme und Intensität von Übergriffen auf Rettungskräfte, Sanitäter, Ärzte, Feuerwehr und Polizei berichtet worden. Zuletzt gipfelte diese Respektlosigkeit in gewalttätigen, vorsätzlich begangenen und zum Teil lebensbedrohlichen Attacken gegenüber Personen sowie Sachen in der letzten Silvesternacht 2022/2023 (siehe OV v. 03.01.2023). Die Fassungslosigkeit dieser Handlungsweisen ist groß.

In der Bündelung beider Tatsachen sieht die SPD-Fraktion den Zeitpunkt gekommen, folgerichtig eine generelle Debatte zu führen über die Hintergründe und Ursachen des fehlenden Respekts gegenüber Einsatzkräften als heute stattdessen aus Anlass der Silvesternacht spontan konkrete Maßnahmen wie "Böllerverbote" und "Böllerverbotszonen" zu fordern. Denn allein mit diesen Verboten sind sicherlich die gesellschaftlichen Probleme nicht zu lösen.

Die SPD-Fraktion sieht hierbei eine besondere Zuständigkeit der Kreisverwaltung, die sich nicht nur aus § 1 des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG) ableitet, sondern auch in ihrer Zuständigkeit und Verantwortung als übergeordnete Verwaltungsbehörde mit seinen 10 Kommunen:

"Nach § 1 NPOG habe die Verwaltungsbehörden und die Polizei gemeinsam die Aufgabe der Gefahrenabwehr. Sie treffen hierbei auch Vorbereitungen, um künftige Gefahren abzuwenden."

Aus den genannten Gründen wäre aus Sicht der SPD konkret zu prüfen, in welcher Form/Beteiligung diese Problemanalyse sinnvollerweise stattzufinden hat. Aus Sicht der SPD kämen z.B. dafür infrage:

- die Bildung eines "Runden Tisches", z.B. aus Vertretern der 10 Kommunen, der Rettungskräfte, der Feuerwehr und der Polizei sowie der zuständigen Ämter der Kreisverwaltung.
- Parallel die Beauftragung der Universität Vechta mit einer wissenschaftlichen Untersuchung der gesellschaftlichen Probleme im Landkreis Vechta (aufbauend auf die bereits von der UNI Vechta durchgeführten Untersuchungen zum demogarfischen Wandel im Landkreis Vechta)

Die Dringlichkeit ergibt sich aus der Tatsache, dass bereits einzelne Kommunen eine lokale Aufarbeitung angekündigt haben, die grundsätzlich richtig und notwendig ist, aber das Gesamtproblem nicht zu lösen vermag.

Eckhard Knospe Fraktionsvorsitzender